

Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2018 – Jens Williges

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GRÜNEN werden dem Haushaltsplan 2018 zustimmen.

Zunächst geht mein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, ohne deren engagierten Einsatz wir nicht diesen umfangreichen Haushaltsplan vor uns hätten und ohne deren Einsatz die vielen guten darin enthaltenen Dinge gar nicht möglich wären.

Als weiteres gilt die Hochachtung den vielen ehrenamtlich Tätigen in Vereinen und Verbänden, aber auch den Engagierten außerhalb solcher Strukturen. Ein Gemeinwesen funktioniert nur, wenn sich jeder und jede in irgendeiner Weise einbringt und sich auch für das Gemeinwohl einsetzt.

Wie schon im letzten Jahr, so zeigt uns auch die aktuelle Finanzsituation und der Haushalt 2018 wieder Licht und Schatten.

Dank der guten Konjunktur in der Folge mit überplanmäßigen Gewerbesteuerereinnahmen, Mehreinnahmen beim Finanzausgleich und geringerer Unterhaltungsaufwendungen konnte der Haushalt 2017 nicht nur wie geplant mit einer schwarzen Null abschließen, sondern mit einem Überschuss von erstaunlichen 2 Mio. Euro.

Die Liquiditätskredite haben sich zum Jahresende im Vergleich zum Vorjahr um 3 Mio. auf 12,9 Mio. reduziert. Da auch die Neuverschuldung bei den Investitionskrediten abzüglich der Tilgung geringer ausfiel, lag die Gesamtneuverschuldung weit unter dem Plan.

Der Haushaltsplan 2018 sieht im Ergebnishaushalt wieder eine schwarze Null vor, auch wenn dieses nur durch außerordentliche Einnahmen aus Buchgewinnen bei Grundstücksverkäufen in Höhe von 260.000 Euro ermöglicht wird.

Wenn man sich aber bei den Nachbarkommunen umschaute, die trotz guter konjunktureller Einnahmen teils hohe Defizite auch im Ergebnishaushalt haben, zeigt die finanzielle Situation der Stadt ein noch positives Bild.

Die aktuell gute finanzielle Lage der Stadt, an der auch die Verwaltung und der Rat maßgeblich beteiligt sind, ist umso erfreulicher, da die Stadt sich dieses nicht durch Kaputtsparen erkaufte hat. Die Stadt hat Maßnahmen ergriffen, wie vor einiger Zeit Steuer- und Gebührenerhöhungen, die Übernahme des Stromnetzes mit Gewinnen für die Stadt, Energiesparmaßnahmen, Optimierungen im Verwaltungsablauf, jetzt neu in der Finanzverwaltung und der EDV, der Abgabe der Aufgaben aus dem Waffenrecht, usw.

Die Stadt hat trotz angespannter Finanzlage bewusst aber auch die Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigt. Neben den gesetzlichen Aufgaben, wie die Kitas, Krippen und der Schulträgerschaft, hat die Stadt ihre freiwilligen Leistungen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger ausgebaut. Hier ist in erster Linie die Kinderbetreuung zu nennen. Alle Fraktionen haben einvernehmlich beschlossen, dass Ronnenberg über den gesetzlichen Anspruch hinaus eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung anbietet, dieses betrifft die Länge der Betreuungszeiten und die Hortangebote.

Ronnenberg hat ein neues Jugendparlament und einen Seniorenbeirat, die beide mit finanziellen Mitteln hinterlegt sind. In Empelde wird ein neuer Stadteiltreff am Ententeich entstehen, im Stadtkern Ronnenberg wird gerade eine vorbildliche BürgerInnenbeteiligung für dessen Aufwertung durchgeführt. An dieser Stelle ein besonderes Lob an Herrn Zehler und sein Team. In Empelde wurde das Freibad saniert.

Der Landschaftsplan wird neu aufgestellt. Angesichts des dramatischen Rückgangs der Insekten um bis zu 75% haben wir hier enorme Aufgaben vor uns, um die Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern. Hierzu werden wir heute einen Antrag der Grünen mit konkreten Vorschlägen an den Ausschuss überweisen. Ronnenberg investiert zudem viel in die Substanzerhaltung seiner Gebäude und in das Abwassernetz.

Mit dem Haushalt wird in eine neue Grundschule investiert. Alle Fraktionen haben einstimmig

Mehrkosten von 5 Mio. für eine Ganztagsgrundschule beschlossen, obwohl diese noch nicht gesetzliche Auflage ist.

Als Schulträger können wir unseren Beitrag für gutes Lernen nur durch eine positive Lernumgebung fördern. Dieses ist beispielhaft auch aus finanzieller Sicht an der MCS gelungen und muss auch Maßstab bei der neuen Grundschule werden. Ein gutes Schulgebäude ist auch ein Standortvorteil, der gute Lehrer und Lehrerinnen nach Ronnenberg lockt.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich Herrn Schulz und sein Team für die intensive und gute Arbeit bei den vielen Baumaßnahmen danken und verbinde damit die Hoffnung, dass sich die guten Erfahrungen aus der MCS bei der Grundschule fortschreiben lassen.

Ronnenberg investiert nun auch endlich in die Sanierung des Standesamtes, der Verwaltungsnebenstelle im Stadtzentrum. Das renovierungsbedürftige Gebäude soll für 700.000 Euro saniert und neu strukturiert werden. Nach überarbeiteten Planungen für den beschlossenen Raum der Erinnerungskultur nimmt dieser auch keinen Büroraum mehr weg, im Gegenteil, es kann ein Büroraum mehr als anfangs geplant, realisiert werden.

Angesichts des finanziellen Umfangs der Sanierung von über einer halben Mio. Euro, das Gebäude mit einer Ausnahmegenehmigung nun nicht barrierearm, wie für öffentliche Gebäude eigentlich vorgeschrieben, also ohne Fahrstuhl auszubauen, wäre irrsinnig.

Die Entscheidung pro oder contra Fahrstuhl hat nichts mit dem Erinnerungsraum zu tun. Eine multifunktionale Nutzung des Gebäudes wäre ohne Fahrstuhl nach dem Umbau nicht mehr gegeben. Gehbehinderte könnten im 1.OG nicht arbeiten, der Personalrat müsste bei gehbehinderten Mitgliedern umziehen und der Besprechungsraum wäre nicht uneingeschränkt nutzbar. Das Gebäude, das wir für mindestens 40 Jahre weitere Nutzung renovieren, wäre dann für den Publikumsverkehr im 1.OG gesperrt. Also auch alle nicht gehbehinderten Besucher, die gut zu Fuß sind, dürfen dann im Gegensatz zu jetzt, nicht mehr in das 1. OG gehen, z.B. zu einer Beratung bei ihrem Stadtmitarbeiter. Ausstellungen wie im Rathaus in Empelde wären nicht erlaubt, die Bevölkerung dürfte das 1.OG nicht als Treffpunkt nutzen, zum Beispiel der Arbeitskreis Stadtgeschichte den Besprechungsraum, die Schiedsperson darf in ihrem neuen Büro dann leider niemanden mehr empfangen.

Spätere andere Nutzungen als die jetzt geplanten, wären nicht möglich oder nur mit erheblich höheren Kosten verbunden. Dieses für den Stadtteil Ronnenberg zentrale und schöne Gebäude für die Nutzung durch die Bürger nach einer Sanierung einzuschränken, um vermeintlich jetzt 71.000 Euro zu sparen, kann man niemanden erklären.

Unabhängig der Nutzungsart des 1.OG, einen Umbau für 630.000 Euro im Ronnenberger Verwaltungssitz vorzunehmen, aber dann neu den Bürgern mit einer Ausnahmegenehmigung eine von bisher zwei Etagen wegzunehmen und den Zugang zum 1.OG zu untersagen - das ist keine Sparmaßnahme, das ist ein Schildbürgerstreich.

Ein anderes großes Projekt in diesem Haushalt, meiner Meinung nach eines der Wichtigsten, welches auf die Initiative von Herrn Kölle zurückgeht, großes Lob hierfür, ist das geplante Sozialberatungszentrum. Die Konjunktur läuft, die Beschäftigung erreicht einen Höchststand, trotzdem sind die Sozialausgaben in Deutschland sehr hoch und viel zu viele Leute sind abgehängt von der Entwicklung. Die vielen Sozialprogramme auf allen Ebenen nützen nichts, wenn sie nicht vernünftig zusammengeführt werden und nicht bei Leuten direkt ankommen. Die aufsuchende und angebotsübergreifende Sozialarbeit, die für jeden spezifische Hilfen bündelt und damit wirken lässt, ist meiner Meinung nach der erfolgversprechende Weg, der Spaltung der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen.

Neben den genannten Projekten werden wir uns zukünftig auch verstärkt der Sanierung der Fußwege und dem Ausbau sicherer Radwege widmen müssen. Die Situation „Über den Beeken“ als Beispiel ist weiterhin untragbar. Einen Teil der frei werdenden Mittel bei der Abwasserkanalsanierung muss hierfür aufgewandt werden.

Neben den positiven Seiten des Haushalts und der Investitionen gibt es aber auch gravierende Schattenseiten.

Die Liquiditätskredite, auf deren Abbau die Aufsicht ebenso wie die Bürgermeisterin jedes Jahr zu Recht drängen, sind zwar erheblich gesunken, stehen aber mit einer durchschnittlichen Inanspruchnahme mit 20 Mio. Euro einer auskömmlichen Finanzierung der Stadt immer noch im Weg.

Hier ist der Durchschnittswert entscheidend, nicht die Spitze vor einem Steuertermin oder der Stand zu einem Stichtag. Hier hätten wir uns einen beschleunigten Abbau gewünscht, was aber keine Unterstützung fand. Klar ist, die Summe muss sowieso erwirtschaftet werden, was in guten Zeiten einfacher ist als in schlechten. Und ob die guten Zeiten so lange andauern, dass wir mit jährlich 1 bis 2 Mio. Abbau von den Kassenkrediten in naher Zukunft runter kommen, ist eher fraglich.

Neben dem Abbau der Kassenkredite müssen in den nächsten Jahren riesige Investitionen gestemmt werden, z.B. über 20 Mio. in die Grundschulen. Der neue Kindergarten am Seegrasweg ist alleine mit 3 Mio. in der Planung. Diese Summen kann eine Kommune nicht aus eigener Kraft erwirtschaften. Im Gegensatz zu Bund und Land, bleibt es somit einer sparsamen Kommune verwehrt, ohne Neuverschuldung auszukommen.

Auch wenn Ronnenberg die Finanzierung der Investitionen in seinen Ergebnishaushalten zur Zeit bewältigt, so kann diese Situation schnell kippen. Mittelfristig durch einem Zinsanstieg und kurzfristig durch sinkende Gewerbesteuereinnahmen. Auch eine nicht auskömmliche Erstattung für die Gebührenbefreiung in den Kitas verschlechtert die Lage.

Hier muss es zu einer aufgabengerechteren Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Land und Kommunen kommen, aber auch zwischen den Kommunen. Städte mit überdurchschnittlicher Steuerkraft, z.B. durch einen Autobahnanschluss müssen dann etwas weniger aus der Verteilungsmasse bekommen. Ronnenberg selbst muss sehen, dass durch eine zügige Umsetzung des Gewerbegebiets Ronnenberg Nord-Ost und eine gute Wirtschaftsförderung die Gewerbesteuereinnahmen stabilisiert oder ausgebaut werden.

Aber nicht nur Mehreinnahmen können helfen, auch Einsparvorschläge sind gesucht. Das ist für die Bürger und dem Rat nicht ganz so einfach. Der Einblick in Arbeitsabläufe der Verwaltung fehlt, Optimierungsvorschläge müssen aus der Verwaltung kommen, wie jetzt bei der Personalabrechnung. Einen kleinen Beitrag haben wir mit der Abgabe der Zuständigkeit für das Waffenrecht geleistet.

Ansonsten sieht man aber anhand der Anträge der anderen Fraktionen, dass auch hier nur wieder fast ausschließlich wie auch in der Vergangenheit, Dinge mit Mehrkosten beantragt werden. Auch die externe Vergabe der Straßenreinigung, von der die Stadt nur zu einem Viertel profitiert hätte, wenn es denn überhaupt billiger werden würde, was wir bezweifeln, hätte mit dem beantragten Erhalt des städtischen Personals auf jedem Fall erhebliche Mehrkosten im Haushalt verursacht. Die Annahme dieses Antrages hätte den vorliegenden Haushalt mit zusätzlichen 33.000 Euro belastet und damit ins Minus rutschen lassen. Lt. Herrn Schulz hätte dieses dazu geführt, dass die Stadt ein Haushaltssicherungskonzept hätte aufstellen müssen.

Die Anträge der anderen Fraktionen, denen wir zum großen Teil auch zugestimmt haben, führen zwar zu Verbesserungen, kosten aber größtenteils auch Geld, wie zusätzliches Personal für die Ausweitung der Öffnungszeiten des Freibades, die vorgezogene Toilettensanierung, die Erhöhung der Ortsratsmittel, u.s.w..

An konkreten größeren Einsparvorschlägen mangelt es durchgängig. Vielleicht muss sich der Rat zukünftig mehr auf die Steuerung anhand von Kennzahlen und Vorgaben fokussieren, wie es mit der Einführung der Doppik ja eigentlich auch gedacht war.

Statt einzelne Ausgabeposten zu suchen, die eventuell reduziert werden könnten, sollten wir den strategischen und operationalisierten Zielen im Haushalt mehr Aufmerksamkeit widmen. Dazu gehören dann konkrete Vorgaben für die städtischen Dienstleitungen, wie auch Vorgaben zur Abbaufrist der Liquiditätskredite. Die Umsetzungsvorschläge hat die Verwaltung zu erarbeiten, der Rat die Entscheidungen zu treffen.

Zusammengefasst müssen Politik, Verwaltung und auch die Bürger im Blick behalten, dass die finanzielle Situation der Stadt nur vorübergehend bzw. nur auf dem ersten Blick entspannter ist und dass ein Weiter so für die Zukunft nicht ausreichen wird.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit